



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Frau
Roxane Galli

Per Mail:
Roxane.Galli@sem.admin.ch

Präsidialnummer: P221290

Basel, 29. November 2022

Regierungsratsbeschluss vom 29. November 2022

Nationalrat; Staatspolitische Kommission; 19.464 n Pa. Iv. Barrile. Beseitigung und Verhinderung der Inländerinnen- und Inländerdiskriminierung beim Familiennachzug; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Galli

Mit Schreiben vom 8. September 2022 wurde der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt von Marco Romano, Präsident der Staatspolitische Kommission des Nationalrats, zur Stellungnahme in rubrizierter Angelegenheit eingeladen. Wir lassen uns zur parlamentarischen Initiative wie folgt vernehmen:

Wir begrüssen die bereits länger erwartete Beseitigung der Diskriminierung von Schweizerinnen und Schweizern in Bezug auf die Zulassungsvoraussetzungen für den Familiennachzug nach dem Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (AIG) gegenüber EU/EFTA-Staatsangehörigen, die sich auf das Personenfreizügigkeitsabkommen oder das EFTA-Übereinkommen berufen können. Es besteht kein sachlicher Grund, Schweizerinnen und Schweizer bezüglich des Nachzugs ihrer ausländischen Familienangehörigen schlechter zu stellen als EU/EFTA-Staatsangehörige.

Die Herausforderungen und möglichen negativen Konsequenzen der erweiterten Nachzugsmöglichkeiten bezüglich sämtlicher ausländischer Verwandter (der eigenen und jener der Ehepartnerin oder des Ehepartners) von Schweizerinnen und Schweizern sowie des Wegfalls der heute bestehenden Nachzugsfristen scheinen aufgrund der bisherigen Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Familiennachzug von EU/EFTA-Staatsangehörigen erkannt und sind hinzunehmen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Lukas Engelberger
Vizepräsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin